Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1904

7.12.1904 (No. 403)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 7. Dezember.

№ 403. 1904.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 29. November d. J. wurde Betriebssekretär Karl Harter in Kehl zum Güterexpeditor daselbst ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Denkschrift über Deutsch-Südwestafrika.

Die „Denkschrift über Eingeborenenpolitik und Hereroaufstand in Deutsch-Südwestafrika", welche der Reichskanzler dem Reichstag vorgelegt hat, geht zunächst kurz den Beziehungen der Eingeborenen des Schutzgebietes zu einander bis in die Zeiten nach, in denen die Herero und die Nama-Hottentotten einwanderten, und schildert dann die Bemühungen zur Herbeiführung friedlicher Zustände zwischen den verschiedenen Stämmen, die schon mit den ersten Anfängen der Missionstätigkeit in jenen Gebieten, zu Anfang des 19. Jahrhunderts, einsetzten, selbstverständlich aber erst größere Bedeutung gewinnen konnten, nachdem das Deutsche Reich ein Interesse an diesem Teile Afrikas gewonnen hatte, und die Regierung mit dem Wachsen der deutschen Machtmittel nach Abschluß der Schutzverträge mit den Eingeborenenstämmen daran gehen konnte, diesen Verträgen die Handhabung zu teil werden zu lassen, die im Interesse einer gedeihlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes geboten erschien. Durch die Bildung einer Kaiserlichen Schutztruppe wurde die Unterwerfung Hendrik Witbois ermöglicht; erst durch diesen Erfolg erhielten die auf Beruhigung des Landes gerichteten Maßnahmen der Regierung Gewicht; seit damals (1894) weiß die Geschichte des Schutzgebiets über Kämpfe der Eingeborenen unter sich nichts mehr zu berichten. Nun war es möglich, die Zügel in Ansehung der Spirituosen-, Waffen- und Munitionskontrolle anzuziehen und die so ungemein wohltätigen Maßnahmen zur Beseitigung der Rinderpest durchzuführen, welche zum Teil sehr tief in die Interessen der Eingeborenen einschnitten. Zu diesen Fragen der Eingeborenenpolitik gesellten sich, da nunmehr auch an die Besiedlung des Landes durch Weiße herangetreten werden konnte, die der Einwandererpolitik. Welche Erfolge in bezug auf die so schwierige Lösung der Landfrage die Regierung durch die Vorsicht und Schonung, mit der sie vorging, erzielte, ergeben die Mitteilungen der Denkschrift über die Haltung der Eingeborenen, als es sich darum handelte, den Bau der Otawiminenbahn zu ermöglichen. Es wird darüber gesagt:

Als die Otawi-Minen- und Eisenbahngesellschaft die Vermittlung der Regierung zur unentgeltlichen Abtretung des Bahngeländes durch die Herero anrief, wurden ohne allen Zwang, lediglich im Wege von Verhandlungen die beteiligten Eingeborenenkapitäne zur unentgeltlichen Abtretung des fraglichen Landes bewogen. Dagegen wurde dem weitergehenden Antrag der Gesellschaft auf Ueberlassung alternierender Landblöcke von 20 Kilometer Breite und 10 Kilometer Tiefe längs der Bahnlinie vom Gouvernement die Unterstützung versagt. Daß die Herero der Landpolitik der Regierung nicht mit Mißtrauen begegneten, könnte auch aus der Tatsache geschlossen werden, daß sie das Gebiet von Otjisongati, welches infolge der dort gemachten aussichtsreichen Kupferfunde für die Besiedlung durch Weiße besonders geeignet erscheint, dem Gouvernement zur Verwertung überließen und sich nur einen bestimmten Anteil an den Erlösen aus den Grundstücksverkäufen vorbehielten. „Aber", so fügt die Denkschrift diesen Mitteilungen an, „bei allem Vertrauen auf seiten der Eingeborenen blieb die Lösung der Landfrage immer noch ein äußerst schwieriges Problem. Das Land ist das wichtigste Besitztum der Eingeborenen, und das Land ist anderseits die Grundlage für jede europäische Besiedlung". Hierin liegt von vornherein ein schwerer Interessenkonflikt. Das Bestreben, diesen Konflikt zu überwinden, hat den in der erwähnten Richtung seitens der Regierung getroffenen Maßnahmen stets zugrunde gelegen."

Eingehend befaßt sich dann die Denkschrift mit dem Händlertum und dem Kreditwesen, mit den gefahrdrohenden Folgen der immer weiter greifenden Verschuldung der Eingeborenen, welcher der Gouverneur bereits im Jahre 1898 entgegenzuarbeiten begann. Dieser Fürsorge für die Eingeborenen erfloß auch die vielbesprochene Kreditverordnung vom 23. Juli 1903.

Die seit Ausbruch des Hereroaufstandes so oft besprochenen Fragen, ob das Händlertum und das Kreditwesen, für den Aufstand verantwortlich zu machen seien, beantwortet die Denkschrift dahin, daß der Hereroaufstand nach Lage der Dinge auch ausgebrochen wäre, wenn es nie einen weißen Händler im Hererolande gegeben hätte, und beschließt ihre Darlegungen mit folgenden inhaltsreichen Ausführungen:

„Der Uebergang von Stammesland in weiße Hände, die Verarmung der mittleren und kleinen Viehbesitzer, die überhandnehmende Verschuldung der einzelnen Stämme und die Uebergriffe mancher Händler haben selbstredend das Empfinden der Eingeborenen gegenüber der deutschen Herrschaft nicht verbessert. Es kann auch nicht wundernehmen, daß sie selbst den Aufstand damit zu entschuldigen versucht haben. Unmittelbare Ursachen der Empörung sind aber alle diese Erscheinungen nicht gewesen. Diese Annahme dürfte um so berechtigter sein, wenn man erwägt, daß die Mehrzahl der vom Aufstand betroffenen Personen mit dem Händlertum gar keinen oder nur einen sehr losen Zusammenhang hatten, und daß ein großer Teil der Verluste, namentlich in den Gebieten von Windhuk, Outjio, Grootfontein, auf Leute entfällt, die überhaupt außerhalb des Hererolandes und des eigentlichen Handelsfeldes wohnten. Die Grundursache des Aufstandes ist in der doppelten Tatsache enthalten, daß die Herero als ein von altersher freiheitsliebendes, eroberndes und maßlos stolzes Volk auf der einen Seite die Ausbreitung der deutschen Herrschaft und ihre eigene Herabdrückung von Jahr zu Jahr lästiger empfanden, auf der anderen Seite aber — und das ist das Entscheidende — von dieser deutschen Herrschaft den Eindruck hatten, daß sie ihr gegenüber im letzten Grunde der stärkere Teil seien. Diesen Geist atmen auch die Briefe, die Samuel Maharero an die Kapitäne der Bastards und Witbois schrieb, um sie zur Teilnahme am Aufstande zu bewegen.

Die Eingeborenenpolitik bildet bei weitem den schwierigsten Teil der dem praktischen Kolonialpolitiker obliegenden Aufgaben. Ihre Schwierigkeit wächst in Ansehung solcher Gebiete, in denen — wie bei Südwestafrika — die Besiedlung durch Weiße im Vordergrunde steht. Denn gerade in diesen Fällen erheischt sie ganz besonders nachdrücklich einen geschickten Ausgleich zwischen oft entgegengesetzten vitalen Interessen. Die Regierung ist ehrlich bemüht gewesen, die Eingeborenen gegen die natürlichen Folgen des Zusammenstoßes von Kultur und Unkultur nach Möglichkeit sicher zu stellen. Wenn ausgesprochen worden ist, daß die Regierung es an der nötigen festen Hand gegenüber den Eingeborenen habe fehlen lassen und ihr insbesondere aus der unterlassenen Entwaffnung der Eingeborenen ein Vorwurf gemacht wird, so wird dabei übersehen, nicht nur, daß ein solches Vorgehen mit den Verträgen in Widerspruch gestanden haben würde, sondern auch, daß wir damit den Aufstand selbst unmittelbar provoziert hätten. Hier aber drängt sich die Frage auf, ob eine solche Gewaltpolitik, die sich nur unter großen Opfern an Geld und Blut hätte durchführen lassen, auch nur den Schein der Berechtigung gehabt haben würde und, ohne die schärfste Verurteilung herauszufordern, hätte unternommen werden können, solange keine Anzeichen dafür vorlagen, daß der seitherigen friedlichen Entwicklung des Schutzgebiets eine ernste Gefahr drohte."

Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt.

(Telegramm.)

* **Washington**, 6. Dez. Die heute im Senat und im Repräsentantenhaus verlesene Botschaft des Präsidenten Roosevelt hebt einleitend hervor, daß die Vereinigten Staaten sich fortdauernd bemerkenswerten Gedeihens erfreuen. Mit Recht werde in solcher Zeit mehr als in ungünstiger zu größeren Ausgaben für dauernde Zwecke, für den Bau von Schlachtschiffen, Forts, öffentlichen Gebäuden und die Verbesserung von Wasserstraßen geschritten, auf Vermeidung unnötiger Aufwendungen sei jedoch gleichwohl beständig zu achten. Die Regelung der Fragen von Kapital und Arbeit sei durch die Trennung der Machtbefugnisse der Bundesregierung und der Einzelstaaten erschwert. Besonders zeige sich diese Schwierigkeit hinsichtlich der Gesetzgebung über das Arbeiten mit ungeheueren Kapitalien. Auch zum Schutze der Rechte der Arbeit, wie anderseits gegen Uebergriffe der Arbeiterorganisationen einzuschreiten, stehe der Bundesregierung nur selten das Recht zu; gegen Ausschreitungen der letzteren müßten aber alle guten Bürger und öffentlichen Diener Front machen. Pöbelherrschaft dürfe in keiner Form geduldet werden. Die Lohnarbeiter hätten aber Anspruch auf besonderen gesetzlichen Schutz; in ihrem Interesse solle nach Möglichkeit ein strenges Haftpflichtgesetz durchgeführt werden. Der Präsident empfiehlt sodann Maßregeln gegen die immer häufiger werdenden Eisenbahnunfälle, kündigt eine Sonderbotschaft über den Grubenarbeiterausstand in Colorado an und erklärt es für wünschenswert, daß das Bureau für Arbeiterwesen eine Zusammenstellung der Fabrikgesetzgebung der Einzelstaaten ausarbeite. Die Botschaft wendet sich sodann der Frage der Behandlung der großen Korporationen zu.

Die Botschaft beklagt ferner die Uebervölkerung der Großstädte und die Entvölkerung des flachen Landes und wünscht scharfe Kinderarbeits- und Fabrikinspektionsgesetze und das Verbot der Frauenarbeit in Fabriken.

Bezüglich der Einwanderung und der Naturalisation führt die Botschaft aus, es wäre absurd, einen Unterschied machen zu wollen zwischen dem Manne, dessen Eltern nach Amerika einwanderten, und dem Manne, dessen Eltern schon vor mehreren Generationen landeten. Jeder sei berechtigt, lediglich nach seinem Werte als Mensch beurteilt zu werden. Aus welchem Lande die Einwanderer kämen, sei gleichgültig, wenn sie körperlich und geistig gesund, vor allen Dingen aber guten Charakters seien, dann solle man sie mit herzlicher Gastfreundschaft bewillkommnen. Die gute Lebenshaltung der amerikanischen Lohnarbeiter aufrechtzuerhalten, sei wesentlich, und deshalb sollen nicht Massen von Leuten zugelassen werden, deren Lebenshaltung, Gewohnheiten und Gebräuche derart seien, daß dadurch die amerikanischen Lohnarbeiter auf eine niedrigere Stufe herabgedrückt werden könnten.

Nach Ausführungen über den Schutz der Wahlen, die Verschleppungen in der Strafrechtspflege, über Alaska, Hawaii und Puerto Rico, bemerkte der Präsident, wenn man von der auswärtigen Politik und der Haltung sprechen wolle, welche die amerikanische Nation in der Welt beobachten solle, so sei davon untrennbar die Frage, welche Stellung der Kongreß gegenüber der Armee und namentlich der Marine einzunehmen gewillt sei. Wie für ein Individuum, sei es auch für eine Nation nicht nur unklug, sondern lächerlich, eine hochtrabende Sprache zu führen, wenn sie sich nicht auf eine entsprechende Macht stützen könne. Fehle die Absicht, eine solche Macht zu schaffen und zu erhalten, welche erforderlich sei, einer kräftigen Haltung Nachdruck zu verleihen, dann sei es besser, keine solche Haltung einzunehmen. Die Botschaft führt dann aus, das feste Ziel des amerikanischen Volkes, wie aller erleuchteten Nationen, sollte darin bestehen, den Tag näher zu bringen, an welchem in der ganzen Welt der Friede der Gerechtigkeit herrsche. Gewisse Arten von Frieden wären im höchsten Grade unerwünscht und auf die Dauer ebenso zerstörend, wie irgend ein Krieg. Das Ziel, welches der Nation und der ganzen Menschheit gesetzt werden sollte, das sei der Friede der Gerechtigkeit, der Friede, welcher komme, wenn jede Nation nicht nur in ihren eigenen Rechten gesichert sei, sondern auch ihre Pflicht anderen gegenüber genau erkenne und erfülle. Es sei Pflicht, im Gedächtnis zu behalten, daß eine Nation nicht mehr Recht habe, einer anderen, schwächeren oder stärkeren Nation eine Ungerechtigkeit zuzufügen, wie einem einzelnen Menschen einem anderen gegenüber ein solches Recht zustehe. Aber man dürfe auch nicht vergessen, daß es die Pflicht einer Nation, wie die des einzelnen Menschen sei, die eigenen Rechten und Interessen zu schützen. Solange nicht Mittel und Wege gefunden seien, Nationen, welche ein Unrecht begehen, interenationaler Kontrolle zu unterstellen, wäre es für die zivilisiertesten Nationen eine böse Sache, abzurüsten. Eine vollständige Abrüstung von seiten der großen zivilisierten Völker würde gleichbedeutend mit einem sofortigen Rückfall in die Barbarei in der einen oder anderen Form sein. Ein großes freies Volk sei es sich selbst und der Menschheit schuldig, vor den Mächten des Bösen nicht zur Hilflosigkeit herabzusinken.

Der Präsident kündigt dann an, daß er in kurzem dem Senat Schiedsgerichtsverträge mit allen den Mächten vorlegen werde, die gewillt seien, solche Verträge mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, und teilt mit, daß er den Mächten den Vorschlag zur Abhaltung einer zweiten Haager Konferenz gemacht habe. Bezüglich der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber den anderen Ländern der westlichen Hemisphäre, erklärt die Botschaft, es sei unwahr, daß die Vereinigten Staaten von Ländergier erfüllt seien. Jedes dieser Länder, dessen Bevölkerung sich gut führe, könne auf die herzliche Freundschaft der Vereinigten Staaten rechnen. Anhaltendes Unrechttun aber und Ohnmacht würden, wie anderwärts auch, schließlich das Einschreiten einer zivilisierten Nation erfordern. Die Interessen der Vereinigten Staaten und die ihrer südlichen Nachbarn seien in Wirklichkeit identisch.

Die Botschaft kommt dann auf die Rechte amerikanischer Bürger im Auslande zu sprechen, die, ohne Rücksicht auf deren Glauben und Rasse, mit Festigkeit gewahrt werden müßten. Es habe sich als sehr schwierig erwiesen, von Rußland für die amerikanischen Bürger jüdischen Glaubens die Bewilligung des Rechts zu erreichen, Pässe zu erhalten und in Rußland zu reisen. Wenn ein amerikanischer Bürger, Jude oder Christ, sich in Rußland schlecht führe, könne er ausgewiesen werden; führe er sich aber so, wie es sich gehöre, so sei es ein Unrecht, ihm nur auf Grund seiner Rasse oder seiner Religion den Paß zu verweigern, und die Vereinigten Staaten seien berechtigt, gegen solches Unrecht Einspruch zu erheben. Die starke Waffe der Regierung, heißt es in der Botschaft weiter, durch welche die Regierung ihren Rechten in internationalen Angelegenheiten Achtung verschaffe, sei die Flotte. In dem weiteren Ausbau dürfe kein Stillstand eintreten. Es gebe keine größere patriotische Pflicht, als die Flotte den Bedürfnissen des Landes entsprechend zu erhalten. Die Stimme Amerikas sei mächtig in der Frage des Friedens und sie sei mächtig, weil Amerika den Krieg nicht fürchte. Der Krieg im fernen Osten habe gezeigt, daß das Hauptgewicht für jede Flotte, die dieses Namens würdig sei, auf die großen Schlachtschiffe zu legen sei. Die Botschaft befürwortet ferner den Bau von Torpedobootszerstörern und von Unterseebooten; das Flottenpersonal müsse auf den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit gebracht werden. Bezüglich des Heeres betont die Botschaft, daß dieses mehr Offiziere benötige.

Endlich erwähnt die Botschaft noch die Philippinen. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß die Philippinen schließlich soweit selbständig werden, daß sie zu den Vereinigten Staaten in ein Verhältnis treten, wie es für Kuba besteht. Die Aufgabe Amerikas auf den Philippinen entspreche, wenn auch nicht ganz, der Aufgabe der anderen großen Kulturmächte, die Besitzungen im Osten haben; mehr aber, als diese, bemühe Amerika sich, die Eingeborenen dahin zu bringen, daß sie immer größeren Anteil an der Regierung nehmen können. Mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß das amerikanische Kapital durch die Gesetzgebung ermutigt werde, auf den Philippinen Anlagen in Eisenbahnen, Faktoreien, Pflanzungen, Minen zu suchen, schließt die Botschaft.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* **Berlin**, 5. Dezember.

Zum Schluß seiner Rede empfiehlt der Abg. **Spahn** weitgehendste Oeffentlichkeit des Militärgerichtsver-

fahrens und Diäten für die Reichstagsmitglieder. (Beifall.)

Darauf führt der Abg. **Bebel** (Soz.) aus: Daß der Reichstag nicht zusammenberufen wurde, um die außerordentlichen Ausgaben für Südwestafrika zu bewilligen, ist eine Mißachtung des Reichstages. Der vorliegende Etat ist der trostloseste, den wir jemals gehabt haben. Die Schuld daran trägt die vom Zentrum geförderte Weltpolitik der Regierung. Für die Kulturaufgaben bleibt kein Geld übrig. Bankerott sind sie mit Ihrer Finanzpolitik, bankerott werden sie mit Ihrer Handelspolitik, die Bassermann unter Bruch der Verfassung und der Geschäftsordnung inaugurierte. Redner erhält einen Ordnungsruf und fährt fort: Die dem Reichstage vorgelegte Denkschrift über Südwestafrika bestätigt unsere Ansicht, daß das Land nie die Opfer wert sein wird, die wir ihm gebracht haben. Was Kiautschou betrifft, so kostet uns dieser Platz an der Sonne, den ein chinesischer Mandarin ein Drecknest nannte, ungezählte Millionen. Was haben wir überhaupt noch in China zu suchen. Wozu bleibt unser Expeditionskorps in China? Was die Wehrgesetze betrifft, so zwingt uns zur Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit ja schon die Finanzlage. Viele Soldatenmißhandlungen sind tatsächlich auf die Ueberanstrengung des Ausbildungspersonals zurückzuführen; aber ich bestreite, daß alles, was gelehrt wird, notwendig ist. Redner wünscht eine allgemeine Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 1 Jahr und Abschaffung des Paradedrills. Man sollte die Marsch-, Schieß- und Turnübungen von Jugend auf treiben, wie in Japan. Die Kavallerie habe als Waffe für die Schlacht keine Bedeubtung mehr, das sei auch die Meinung französischer Fachleute, das zeigten auch die Erfahrungen der letzten Kriege. Erforderlich sei ferner die Vereinfachung und Verbilligung der Kavallerieuniformen. Die Ausgaben für die Flotte belasten das Reich kolossal. Redner zitiert eine Schrift des Kapitänleutnants a. D. Rust und sagt dann, Graf Bülow hätte, statt sich von einem englischen Journalisten interviewen zu lassen, zunächst in dem Reichstage ein Exposé geben sollen, aber so mißhandelt der erste Reichsbeamte den Reichstag. Andrerseits war es nützlich, daß man in England darüber beruhigt wurde, daß wir nicht gegen England rüsten. Rußland hätte den Handelsvertrag mit Deutschland nicht abgeschlossen, wenn es nicht bis über die Ohren in der Patsche säße. Wenn neue Steuern kommen müssen, schlage ich eine Einkommen- und Vermögenssteuer vor, damit die Großindustriellen, die im Golde ersticken, herangezogen werden. Wo sollten wir im Ernstfall hin, wenn die Mittel für die Erhaltung des Reichsapparats schon jetzt nicht mehr aufzubringen sind? Was ist das für ein wahnsinniges System! (Lärm rechts, Beifall links.) In Rußland ist dieses System zusammengebrochen zum Wohle der ganzen Welt und des russischen Volkes. Rußlands Präponderanz in seiner Politik ist vernichtet, sein militärisches Prestige auf Jahrzehnte dahin. Die Folge aber ist die Freiheit des Volkes. Wenn der hundertjährige Jahrestag der Schlacht bei Jena kommt, mag das offizielle Preußen trauern, das deutsche Volk aber nicht, denn aus dieser Niederlage ist es entstanden. Es regnet ja jetzt Schiedsverträge. Aber Präsident Roosevelt unterzeichnete mit demselben Tropfen Tinte die Einladung zu der Friedenskonferenz und die exzessive Flottenvorlage. Wir hatten wahrscheinlich nicht nötig, daß nach Rußland telegraphiert wurde: Rußlands Trauer ist Deutschlands Trauer. Das sieht aus, als ob wir eine Partei wären. Wir haben durch Schiffs-, Kanonen- und Kohlenverkäufe eine sehr laxe Neutralität gegen Japan bewiesen, andrerseits Rußland, wie der Königsberger Geheimbundprozeß beweist, Handlangerdienste geleistet. Charakterlosigkeit und Feigheit kennzeichnet die herrschenden Klassen. (Lachen rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten).

Reichskanzler Graf **Bülow** nimmt das Wort. Was Bebel über Jena gesagt hat, nimmt mich nicht Wunder. Er sagte ja in Amsterdam, er werde es sich gefallen lassen, wenn wir ein zweites Jena erlebten. Das wird aber die Regierungen nicht hindern, ihre friedlichen Bestrebungen zu fördern. Die Sozialdemokratie will ja keine Neutralität in dem ostasiatischen Krieg, sondern einen Krieg mit Rußland, wobei der Weizen der Sozialdemokratie blühen könnte. Wir wollen uns aber nicht in die russischen Verhältnisse einmischen. Bebel echauffiert sich gegen die Autokratie, man bedenke aber, wie er selbst seine Partei lenkt. (Heiterkeit.) Werden Sie erst liberal, begreifen Sie erst das Wesen der wahren Freiheit, bevor Sie unter Störung der internationalen Beziehungen die Freiheit zu anderen importieren. (Beifall.) Bebel zeigt eine lebhafte Sehnsucht nach der gepanzerten Faust wegen des Fischdampfers „Sonntag", dabei ist von der Bemannung niemand verletzt worden und der entstandene Schaden betrug 3065 Mark. Man riet mir, ohne die russische Erklärung abzuwarten, die Flotte nach Kronstadt zu schicken, warum die Aufregung? Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) protestierten, als wir in Venezuela einschritten, Sie schrien wie besessen, als wir in China vorgingen und verhielten sich ruhig, als die Herero den armen Farmern den Hals abschnitten. Als aber unser korrektes Vorgehen von Erfolg gekrönt war, fand der „Vorwärts" unser ganzes Verhalten außerhalb jeder Kritik. Aber selbst die Engländer waren der Sozialdemokratie nicht forsch genug (Heiterkeit). Sie brachten Deutschland in Verdacht, England und Rußland verhetzen zu wollen. Ich hoffe, daß sie diese Reizbarkeit nationalen Empfindens auch anderweit zeigen und wundere mich, daß Bebel nicht mit beiden Fäusten der Forderung des Kriegsministers zustimmt. (Heiterkeit.) Gerade aber im Krieg ist es notwendig, mit größtem Takt vorzugehen. Im Königsberger Prozeß ist festgestellt worden, daß die Sozialdemokratie daran arbeitet, die Regierung in Rußland zu stürzen. Ließen wir solche Treibereien zu, so würden wir die guten Beziehungen zu dem Nachbar gefährden. (Zuruf: Unwürdig!) Solche plumpe Angriffe reichen nicht an mich heran und fallen auf die zurück, die einen solchen Ton in unsere Verhandlungen bringen. Was das Interview mit Bashford betrifft, so sage ich Herrn Bebel: Die Zeit, wenn ich Mitteilungen machen will, wähle ich selbst. Hier handelte es sich darum, das Unkraut auszujäten, das englische Journalisten in den Acker der deutschen Politik zu pflanzen sich bemüht hatten. Daß unsere Flotte nur devensive Zwecke verfolgt, steht fest. Ich kann mir nicht denken, daß vernünftige Leute es zum einem Kriege zwischen Deutschland und England kommen lassen wollen und hoffen wir, daß für alle Zukunft, soweit sie dem menschlichen Auge erkennbar ist, die gegenwärtigen friedlichen Beziehungen gewahrt bleiben.

Was Südwestafrika angeht, so ist die Einberufung des Hauses nicht erfolgt, weil wir nach der Haltung des Hauses auf die Genehmigung hoffen konnten, und die Dinge sich noch nicht übersehen ließen. Wir verdanken es der allseitigen Aufopferung, wenn der Hereroaufstand so gut wie niedergeschlagen ist. Ein neuer schwerer Schlag traf uns in dem Aufstand der Witbois, doch hoffen wir, zu retten, was zu retten ist. Indessen sind wir weder so töricht, noch so grausam, zu befehlen, daß die verhungerten Hereros niedergeknallt werden, wenn sie zurückkehren. Daß sie aber keine Feuerwaffen mehr haben dürfen, damit die Kapitänschaft nicht wieder auflebt, daß sie nicht in Reservate gewiesen werden, daß ferner dort genügend Truppen vorhanden sein müssen, um jeden Widerstand im Keime zu ersticken, ist selbstverständlich. Das Land ist gut und reich, wie Kenner behaupten. Deshalb muß es den Leuten erhalten werden, die in langer mühsamer Arbeit sich dort ein Heim geschaffen haben, bevor der Aufstand ausbrach. Daher ist es Pflicht, die Geschädigten zu entschädigen und ich bitte Sie, diese Frage vom Standpunkt des allgemeinen Interesses zu verhandeln. Ferner beabsichtigen wir, eine Zivilverwaltung einzuführen, die Selbstverwaltung zu erweitern, das Kolonialamt zu einer obersten Reichsbehörde zu machen, und die Organisation unserer kolonialen Streitkräfte zu ändern. Namentlich aber wird das Aufblühen der Kolonien von dem Geiste abhängen, der dort herrscht und der sich im Mutterlande für sie regt.

Was die Frage der Diäten der Reichtagsmitglieder anbetrifft, so bemerke ich, ein durchschlagender Grund ist dafür nicht vorgebracht, daß diese Frage sofort zu lösen ist. Man kann trotz prinzipieller Zustimmung doch der Ansicht sein, daß diese Frage besser einer späteren Zeit vorbehalten wird. Der Reichskanzler schließt, auf die diesbezüglichen Ausführungen Bebels eingehend: Unsere Aufwendungen für Heer und Marine sind lange nicht die höchsten. Eine Versicherungsprämie von etwas über eine Milliarde für die Sicherheit eines Volkes, welches 3 Milliarden für geistge Getränke ausgibt, ist nicht zu hoch. (Lebhafter Beifall.) Wenn Bebel sagt, daß das französische Offizierkorps und der Generalstab auf der Höhe des deutschen Offizierkorps und Generalstabs ständen, so widerspreche ich dem nicht. Ich habe alle Hochachtung vor dem französischen Offizierkorps. Aber wenn Sie gleichzeitig die Revanchegelüste in Betracht ziehen, die in Frankreich noch immer vorhanden sind — darüber werden Bebels Freunde ihn doch informiert haben. Ich erinere nur an alle Mühe, die sich in dieser Beziehung Herr Jaurès gegeben hat — so werden Sie mir zugeben, daß auch wir ein Recht haben, für unsere Sicherheit zu sorgen. Sagen Sie also nicht, daß wir die Mittel, die wir für unsere Sicherheit brauchen, nicht aufbringen können; denn das trifft nicht zu. (Lebhafter Beifall.)

Morgen, Dienstag, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr 30 Min.

(Telegraphischer Bericht.)

* **Berlin,** 6. Dezember.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist mäßig besucht. Die Etatberatung wird fortgesetzt.

Abg. **Richthofen** (kons.) führt aus, das Defizit gebe dringenden Grund für die Reichsfinanzreform. Wir sind bereit, jeder neuen Steuervorlage wohlwollend näher zu treten. Wir hoffen von den Handelsverträgen, daß darin von Meistbegünstigung nicht mehr die Rede ist. An den im Etat vorgesehenen Ausgaben wird sich nicht viel streichen lassen. Wir sind dagegen, daß die laufenden Ausgaben durch Anleihe gedeckt werden. Weiter möchte ich allen Kämpfern im südafrikanischen Kriege unsere Hochachtung aussprechen für das, was sie geleistet haben. Kolonialkriege sind sozusagen schlagende Wetter der Menschheit. Sie sind unvermeidlich, wo zivilisierte Völker mit unkultivierten Völkern zusammentreffen. Wo ein solcher Krieg entsteht, ist es Pflicht, alles zu tun, um ihn schnell zu beendigen. Darum werden wir allen hierzu beitragenden Maßregeln beistimmen. Deshalb billigen wir das gestern vom Reichskanzler gegebene Programm. Redner stimmt dem Reichskanzler für die Ausgestaltung des Kolonialamtes zu einer obersten Reichsbehörde zu. Wir wollen im Reichsetat sparsam sein, aber nicht über die Grenzen gehen, die einer guten Wirtschaft gezogen sind. (Beifall rechts.)

Abg. **Sattler** (natl.) protestiert gegen die Art, wie Bebel gestern drei Stunden lang die Geduld des Hauses in unverantwortlicher Weise in Anspruch genommen habe und gegen die Anmaßung Bebels, mit der er den bürgerlichen Parteien Feigheit, Strebertum und Charakterlosigkeit vorgeworfen habe.

Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramme.)

Vom Mandschurischen Kriegsschauplatz.

* **London,** 5. Dez. Aus Mukden wird gemeldet: In der letzten Nacht wurde bemerkt, daß die Japaner anscheinend Minen unter die Eisenbahnbrücke über den Schaho legten, die bei einem eventuellen Vormarsch der Russen entzündet werden sollen. Die Russen bemühen sich, die Durchführung der Minenlegung zu verhindern. General Rennenkampf hat die Japaner, deren Angriffe er kürzlich abgeschlagen hatte, zwei Tage hindurch verfolgt und jetzt seine Operationen im Osten eingestellt. Es werden, obgleich der Boden bis auf eine Tiefe von 18 Zoll gefroren ist, doch noch Erdwerke errichtet.

* **Mukden,** 6. Dez. Reuters Bureau meldet: Das viertägige Artilleriefeuer im Zentrum und auf dem rechten Flügel hat an der allgemeinen Lage nichts geändert. Das enge Zusammenliegen der Leute in den bombensicheren, geschützten Gräben und die unausgesetzte nervöse Spannung rufen Erkrankungen in beträchtlichem Umfange hervor.

* **St. Petersburg,** 6. Dez. Die Telegraphenagentur meldet aus Charbin: Gestern wurde auf der 226. Werst der Strecke von hier nach Mukden der Bahnkörper von Chungusen gesprengt.

Die Belagerung Port Arthurs.

* **Tokio,** 6. Dez. Wie es heißt, dauert die Beschießung der vor Port Arthur liegenden Flotte durch die Japaner mit Erfolg an. Am Abend des 4. Dezember wurden 2 oder 3 Schiffe beschossen. Im allgemeinen ist man der Ansicht, die Flotte müsse bald auslaufen oder unersetzlichen Schaden erleiden.

* **London,** 6. Dez. „Daily Telegraph" meldet vom 5. d. M. aus Tschifu: Die Japaner machen hartnäckig den Versuch, die Nordostforts zu nehmen. Aus Port Arthur und Dalny eingetroffene Passagiere melden, daß die Japaner stetig Verstärkungen an Geschützen, Munition und Leuten erhalten, daß die Russen aber trotzdem ausharren. Die Eisenbahn befördert sogar Artilleriebatterien und Mannschaften nach Liaujang. Aus Mukden lief die Nachricht ein, daß die Russen vorrückten.

Die Fahrt des Baltischen Geschwaders.

* **Brest,** 6. Dez. Ein schweres Unwetter zwang den russischen Torpedobootszerstörer „Prozitelny" bei Camaret wieder zu ankern.

* **Brest,** 5. Dez. Ein Schleppschiff und ein Taucher sind nach Camaret abgefahren, um den Zerstörer „Prozitelny" los zu machen. Die Arbeiten sind von Erfolg gekrönt. Das Schiff wartet auf Windstille, um weiter zu gehen.

* **Frederikshavn,** 5. Dez. Der russische Hilfskreuzer „Terek" passierte heute nachmittag 3 Uhr Skagen in westlicher Richtung.

* **St. Petersburg,** 5. Dez. Der Generalstab gibt amtlich bekannt: Wie Generaladjutant Roschdjestwensky zu dem Vorfall vom 21. Oktober in der Nordsee ergänzend meldet, leuchteten, nachdem das Panzerschiff „Knjäs Suworow" sein Feuer schon eingestellt hatte, auf der linken Traverse des Panzergeschwaders zwei Scheinwerfen von den Kreuzern „Dimitri Donskoi" und „Aurora" auf. Darum gab aus Vorsicht, da die zu weit fliegenden Geschosse der hinteren Schiffe unsere eigenen Schiffe hätten treffen können, der „Knjäs Suworow" das Signal zum Einstellen des Feuers was auch unverzüglich geschah. Das ganze Schießen dauerte weniger als 10 Minuten. Durch drahtlose Telegraphie wurde festgestellt, daß die „Aurora" von 5 ricochetierten oder zu weit geflogenen Geschossen getroffen war, und zwar von 3,75 Millimeter- und 2,47 Millimetergeschossen. Schwer verwundet wurde der Geistliche, leicht ein Kommandeur. Der Geistliche starb später.

* **Dschibuti,** 5. Dez. Die Verproviantierung des hier liegenden russischen Geschwaders erfolgte nur durch eigene Transportdampfer. Die Schiffe scheinen in gutem Zustande zu sein. Es wird nichts von Havarien gemeldet. Die Offiziere tauschten mit den hiesigen Behörden die üblichen Besuche aus. Es kamen keinerlei Kundgebungen vor.

Neutralitätsfragen.

* **Tokio,** 5. Dez. Die Aufregung über die Unterstützung der Baltischen Flotte durch die neutralen Mächte wächst. Die maßgebenden Zeitungen geben dem Gedanken Ausdruck, daß die Regierung energisch handeln müsse. Sollten die russischen Schiffe in den Gewässern im fernen Osten Privilegien eingeräumt erhalten, die das überschreiten, was man unter Neutralität versteht, so wird sich Japan wahrscheinlich nicht für verpflichtet erachten, die Neutralität der betreffenden Mächte zu respektieren und es sei möglich, daß es hinter den neutralen Schiffen her seine Flotte in jeden Hafen senden werde, dessen Neutralität durch das Verhalten des Feindes als verletzt betrachtet werden könne. Sollten die Russen durch die Besetzung neutraler Gebiete sich eine Basis für den fernen Osten zu schaffen suchen, so werde Japan wahrscheinlich dasselbe tun. Man trifft besonders für die Flotte umfassende Vorbereitungen zum Empfang des russischen Geschwaders. In bezug auf die Armee zieht man die Möglichkeit in Betracht, daß die Verbindung Japans mit der Halbinsel Liautung abgeschnitten werden könnte. Um die Zeit, wo die Flotte eintreffen könnte, würden die Truppen in der Mandschurei imstande sein, ohne Verbindung mit der Heimat mehrere Monate lang Krieg führen zu können. Die japanischen Kaufleute sehen voraus, daß die Ankunft der russischen Flotte den Postdienst und den sonstigen Seedienst vorübergehend schädigen könne.

* **London,** 6. Dez. Die hiesigen Blätter melden, daß die russischen Deserteure, zumeist Juden, in East London eine schwere Last für ihre Glaubensgenossen und Landsleute sind. Tausende müssen täglich in den Synagogen gespeist werden.

* **London,** 6. Dez. Der „Standard" meldet vom 5. Dezember aus Moskau: Eine ganze russische Kaukasusdivision hat Befehl zum Marsche an die afghanische Grenze erhalten. In russischen militärischen Kreisen erblickt man darin eine Antwort auf die Begleitung der russischen Flotte durch englische Kriegsschiffe. Der Berichterstatter des „Standard" glaubt jedoch, daß diese Truppenbewegung damit zusammenhängt, daß die Dardanellenfrage in ein akutes Stadium getreten sei.

Großherzogtum Baden.

* **Karlsruhe,** 6. Dezember.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog begleitete gestern abend Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin zu Höchstihrer Abreise nach Sigmaringen an den Bahnhof in Baden, begab Sich von da ins Theater und blieb bis zum Schluß der Aufführung.

Heute vormitag hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog in Schloß Baden den Vortrag des Präsidenten Dr. Nicolai. Zur Frühstückstafel Seiner Königlichen Hoheit kamen die Erbprinzlich Meiningen'schen Herrschaften, die heute abend Baden verlassen und Sich nach Meiningen begeben.

** Am 6. d. M. zwischen 6 und 7 Uhr früh fuhr im Bahnhofe Wiesloch der Nebenbahnzug 32 (Motorwagen) auf einen beim Rangieren des Güterzugs 6154 in das Nebenbahngleis abgestoßenen Wagen auf. Hierbei erlitten einige Personen leichtere Verletzungen.

* **(Badische Nationalliberale Partei.)** Die „Badische Landeszeitung" schreibt: „Die Versammlung des Engeren Ausschusses der Nationalliberalen Partei Badens, welche unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Wilckens hier tagte, war von den Mitgliedern des Ausschusses, sowie von den Reichs- und Landtagsabgeordneten der Partei sehr zahlreich besucht. Die eingehende Aussprache ergab eine erfreuliche Uebereinstimmung darüber, daß auf der Grundlage der gegenseitigen Wahrung des Besitzstandes das in den bisherigen Verhandlungen mit den Linksliberalen in Aussicht genommene taktische Zusammengehen bei den nächsten Landtagswahlen im ganzen Lande durchgeführt werden

soll. Die hierwegen in einigen Wahlbezirken wegen spezieller Fragen noch schwebenden Verhandlungen sollen möglichst bald zum Abschluß gebracht werden. Die Versammlung beschloß, an die betreffenden lokalen Organisationen entsprechendes Ersuchen zu richten. Hinsichtlich der Stellung der Nationalliberalen zur Sozialdemokratie teilte die Versammlung einmütig den Standpunkt, welcher seitens der Parteileitung kürzlich in Nr. 552 der „Bad. Landeszeitung" dargelegt worden ist. — Schließlich wurde von den erschienenen Landtagsabgeordneten entschieden Verwahrung eingelegt gegen die von Zentrumsseite kolportierte Behauptung, daß es der nationalliberalen Landtagsfraktion um das Zustandekommen der Verfassungsreform nicht ernstlich zu tun gewesen sei, daß sie es vielmehr lieber gesehen hätte, wenn diese Reform gescheitert wäre. Derartige unwahre und geradezu verleumderische Verdächtigungen können nur aufs entschiedenste zurückgewiesen werden." (In Nr. 552 hatte die „Bad. Landeszeitung" folgendes erklärt: „Obwohl hinsichtlich des Verhältnisses der Nationalliberalen zur Sozialdemokratie bei den nächsten Landtagswahlen die Ansprache des Engeren Ausschusses an die nationalliberalen Bezirksvereine vom 16. Oktober d. J. keinen Zweifel darüber läßt, daß die Sozialdemokratie als Gegnerin zu behandeln sei, stoßen wir in der Presse auf Erörterungen, welche mit der Möglichkeit eines Wahlbündnisses zwischen beiden Parteien rechnen. Wir stellen fest, daß nach Ansicht der Leitung der Nationalliberalen Partei eine solche Möglichkeit nicht gegeben ist. Es muß der Entschließung der Sozialdemokraten überlassen werden, ob sie dann, wenn es sich für sie darum handelt, durch ihr Verhalten im zweiten Wahlgang einem Nationalliberalen oder einem Zentrumsmann zum Sieg zu verhelfen, diesen oder jenen von ihrem Standpunkt aus als das geringere Uebel ansehen wollen. Es liegt aber der Leitung unserer Partei fern, diese Entschließung durch Abmachungen von Partei zu Partei zugunsten der Nationalliberalen beeinflussen zu wollen. Dagegen wünscht sie, daß der Wahlkampf unsererseits auch der Sozialdemokratie gegenüber in einer sachlichen, persönlich nicht verletzenden Weise geführt werde, welche den Anhängern derselben eine etwa da oder dort bei der zweiten Wahl in Betracht kommende Entschließung gedachter Art zugunsten des nationalliberalen Kandidaten nicht von vornherein unmöglich macht.")

* (**Vom Badischen Landesverein vom Roten Kreuz**) wird uns mitgeteilt: „Nachdem von beiden Seiten vom ostasiatischen Kriegsschauplatz Unterstützungen vom deutschen Roten Kreuz für die Verwundetenpflege erbeten worden sind, hat dessen Zentralkomitee von Berlin aus einen Aufruf zu Sammlungen für seine dortige Samariterhilfe erlassen. Unser Zentralkomitee ist dazu umso mehr genötigt, als seine Mittel durch Aufwendungen für Deutsch-Südwestafrika in erster Linie in Anspruch genommen sind. Wir halten aber, da die Oeffentlichkeit durch die Weihnachtsbitten wohltätiger Vereine so sehr in Anspruch genommen ist, mit der Veröffentlichung des Aufrufs noch bis nach Neujahr zurück."

Z.-B. f. M. u. H. (**Schneebeobachtungen.**) In der verflossenen Woche ist im ganzen Lande mehrmals Schnee gefallen, der auch in der Rheinebene liegen geblieben ist, doch ist er hier, sowie in mittleren Lagen infolge des am 30. November eingetretenen Umschlages zu mildem und regnerischen Wetter wieder verschwunden. Am Morgen des 3. Dezember (Samstag sind noch gelegen in Furtwangen 10, in Stetten a. k. M. 4, in Heiligenberg 16, in Zollhaus 8, beim Feldberger Hof 30, in Titisee 10, in Bondorf 4, in Höchenschwand 11, in Bernau 16, in Gersbach 15, in Todtnauberg 26, in Heubronn 10, in St. Märgen 25, in Kniebis 35, in Breitenbrunnen 31, in Herrenwies 25, in Kaltenbronn 25 und in Strümpfelbrunn 6 Zentimeter.

(**Aus der Sitzung der Strafkammer I vom 2. Dezember.**) Vorsitzender: Landgerichtsrat Siegel. Vertreter der Gr. Staatsanwaltschaft: Erster Staatsanwalt Duffner. — Eine rückfällige Betrügerin ist die Dienstmagd Katharina Walter aus Rosenberg. Als Spezialität betreibt sie Haftgeldschwindeleien, die sie auch heute wieder auf die Anklagebank führten. Die geständige Angeklagte wurde zu 3 Monaten und 5 Wochen Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, verurteilt. — In der Nacht vom 23. auf 24. Oktober, etwa um halb 1 Uhr, beschimpfte der hier wohnhafte Zementeur Jakob Heinrich Rapp aus Wiesloch in der Lessingstraße dahier, ohne jede Veranlassung, zwei Schutzleute, denen er auf ihrem Patrouillengange begegnete. Als diese daraufhin seinen Namen feststellen wollten, nannte er sich Karl Schiefer und bot kurze Zeit später den Schutzleuten ein Geldgeschenk von 30 M. an, wenn sie ihn nicht anzeigen würden. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung, Bestechungsversuchs und falscher Namensangabe zu 14 Tagen Gefängnis und 5 M. Geldstrafe verurteilt. — Mitte Juli kamen hier mehrere Taschendiebstähle vor, die durchweg an Frauenspersonen verübt worden waren. Durch die polizeilichen Nachforschungen gelang es, zwei Personen als die Diebe zu ermitteln, den vielfach vorbestraften Hausknecht August Kerner aus Cöln und den Sattlerlehrling Hermann Link aus Heilbronn. Gegen den letzteren erkannte der Gerichtshof auf 10 Wochen Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, gegen Kerner, der zurzeit im Zuchthaus zu Kaiserslautern 3 Jahre zu verbüßen hat, auf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus. Außerdem erhielt dieser Angeklagte noch 4 Wochen Haft, weil er sich am 19. Juli in das Fremdenbuch des Gasthauses, in dem er damals hier übernachtete, unter falschem Namen eingetragen hatte.

▲ (**Aus dem Polizeibericht.**) Gestern vormittag wurden hier zwei Bäckerburschen festgenommen, die sich unter falschem Namen einlogiert hatten. Die Festgenommenen waren im Besitze größerer Geldbeträge, und es stellt sich heraus, daß die beiden am 2. d. M. den Raubanfall auf den Rentner Meeser in Heidelberg verübt hatten.

★ **Durlach,** 4. Dez. Im oberen Saale der Karlsburg fand gestern mittag die Delegiertenversammlung der Feuerwehren des Kreisverbandes Karlsruhe statt, die von 42 Delegierten und ca. 50 anderen Mitgliedern besucht war. Nach der üblichen Einleitung wurde zum ersten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in den Landesausschuß, geschritten und hierfür die seitherigen Mitglieder Schlachter und Pfeifer in Vorschlag gebracht. Nach Ausführungen der Herren Limberger, Bäuerle, Schlachter und Schumann, wurden die seitherigen Vertreter nahezu einstimmig wiedergewählt. Der zweite Punkt betraf den § 5 der neuen Satzungen, der den Ausschuß des Badischen Landesfeuerwehrvereins betrifft. Dieser Ausschuß hat seither aus 11 Mitgliedern bestanden, und zwar aus je 1 Vertreter der 11 Kreise. Nunmehr soll der Ausschuß ein 12. Mitglied dazu bekommen, und zwar sollen die 11 Vertreter der Kreise einen Präsidenten wählen, der dem Landesausschusse nicht anzugehören braucht. Der stellvertretende Präsident wird aus der Reihe der 11 Kreisvertreter gewählt. Ist der gewählte Präsident Kreisvorsitzender, so hat er dieses Amt aufzugeben und ist alsbald eine Neuwahl für denselben vorzunehmen. Der Kreisverband wählt zugleich auch für den Kreisvertreter einen Stellvertreter. Als Mitglieder des Ausschusses können nur aktive Mitglieder der dem badischen Landesfeuerwehrverein angehörenden Feuerwehren gewählt werden. Nach einer kleineren Diskussion fand der § 5 nach der Fassung des Kreisausschusses einstimmige Annahme. Gegen 6 Uhr wurde die Versammlung durch den Kreisvorsitzenden mit einem dreifachen Hoch auf Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog und den Erbgroßherzog geschlossen.

Z **Konstanz,** 4. Dez. Der Bürgerverein „Bodan" hatte sich für die diesjährige Wintersaison die Aufgabe gestellt, hervorragende Tonwerke ernster Art aufzuführen. Dieser Aufgabe wurde er gestern und heute in zwei großen Konzerten gerecht. Unter der Leitung des Herrn Musikdirektors Ruppert Nepple und der Mitwirkung vorzüglicher Solisten, der Damen Fräulein Hedwig Kaufmann (Berlin), Fräulein Marie Philippi (Basel), der Herrn Georg Adolf Walter (Düsseldorf) und Theodor Heß van der Wyk (Kiel), begleitet vom vollständigen Streichorchester der hiesigen Regimentskapelle und Herrn Musikdirektor Ernst von Werra von hier (Harmonium) wurden Kantaten von Johann Sebastian Bach und das unsterbliche Requiem Mozarts in äußerst genußreicher Weise zum Vortrag gebracht. Das von Nah und Fern überaus zahlreich erschienene Publikum (von Friedrichshafen brachte der Sonderdampfer „Württemberg" allein 140 Personen), füllte den großen Inselhotelsaal bis zum letzten Platze und spendete für die großartigen Leistungen wohlverdienten, langanhaltenden Beifall.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Wernigerode,** 6. Dez. Seine Majestät der Kaiser ist gestern abend 10 Uhr hier eingetroffen.

* **Berlin,** 6. Dez. Die Kommission des Abgeordnetenhauses beriet die Anträge Douglas-Faßbender, betreffend Errichtung einer Landeskommission für Volkswohlfahrt, und einigte sich dahin, möglichst allgemein die Aufgabe und Organisation der Zentralstelle zu fassen, um dem Ministerium möglichst weiten Spielraum zu lassen.

* **Berlin,** 6. Dez. In der außerordentlichen Gesandtschaft, die sich nach Abessinien begibt, befinden sich u. a.: Legationssekretär Graf Viktor v. Eulenburg, ein Oberstabsarzt, Vizekonsul Schueler von der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Kommerzienrat Bosch als Handelssachverständiger, Professor Dr. Rosen aus Breslau als naturwissenschaftlicher Sachverständiger.

* **Berlin,** 6. Dez. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, daß russische Kommissare aus St. Petersburg zur Verhandlung über zwei Eisenbahnanschlußverträge zwischen dem Reiche und Rußland hier eintrafen. Die Verhandlungen betreffen die Schaffung neuer deutsch-russischer Eisenbahnverbindungen zwischen Skalmierzyce-Kalisch (Warschau-Kalischer Eisenbahn), sowie zwischen der preußischen Staatsbahnstrecke Lublinitz-Herby bei Herby und der Herby-Czenstochauer Eisenbahn. Beide Verbindungen werden schon seit längerer Zeit von den beteiligten Interessenten erstrebt und würden zur wirtschaftlichen Fortentwicklung, betreffend die beiderseitigen Gebietsteile wesentlich beitragen. Ein günstiges Ergebnis steht in Aussicht.

* **Schwerin,** 6. Dez. Amtliche Meldung. Bei der Stichwahl im Wahlkreis 2 Mecklenburg-Schwerin wurden insgesamt 24 528 Stimmen abgegeben, davon erhielten Büsing (natl.) 13 315, Antrick (Soz.) 11 213 Stimmen, Büsing ist gewählt.

* **Dresden,** 6. Dez. Die Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller, der Ministerialdirektor Geh. Rat Roscher als Regierungsvertreter beiwohnte, hat den Beitritt des Verbandes zum Verein deutscher Arbeitgeberverbände beschlossen.

* **Sigmaringen,** 6. Dez. Heute morgen fand die Beisetzung des Prinzen Friedrich von Hohenzollern statt. Der Feier wohnten bei, der Kronprinz des deutschen Reiches, der Fürst von Hohenzollern, Erbprinz von Hohenzollern, Prinzessin Witwe Friedrich von Hohenzollern, Prinz Ferdinand von Rumänien, die Gräfin von Flandern, Königin Witwe Carola von Sachsen, Prinz Karl von Hohenzollern, Kronprinz und Kronprinzessin von Belgien, die Herzoge Franz Josef und Siegfried in Bayern, Prinz Arnulf von Bayern, die Großherzogin und der Erbgroßherzog von Baden, der Herzog und Prinz Eduard von Anhalt, Fürst und Fürstin von Thurn und Taxis, der Herzog von Vandôme, Prinz Miguel von Braganza und viele Vertreter von regierenden Häusern und der Armee. Der Kaiser, der König von Rumänien, Prinzregent Luitpold von Bayern und die übrigen Fürstlichkeiten und deren Vertreter hatten prachtvolle Kränze gespendet.

* **Wien,** 6. Dez. Wie die „Neue Freie Presse" aus Belgrad meldet, betraute der König Gruitsch mit der Bildung eines neuen gemäßigten Kabinetts.

* **Paris,** 5. Dez. **Deputiertenkammer.** Abg. **Lasies** (Nat.) beantragt die Aufhebung des letzten Gesetzes über die Branntweinbrennerei und die Wiederherstellung des Privilegs der Hausbrenner. Er fordert ferner für seinen Antrag die Dringlichkeit. Finanzminister **Rouvier** bekämpft den Vorschlag, der zu einem Ausfall im Budget führen werde. Er spricht sich ferner gegen die Dringlichkeit des Antrages aus und stellt die Vertrauensfrage. Die Dringlichkeit wird mit 322 gegen 228 Stimmen abgelehnt.

Das Haus nimmt die Beratung der Einkommenssteuer wieder auf. — **Jules Roche** bekämpft die Einkommensteuer und erörtert in längerer Rede das englische Steuersystem, welches für Frankreich nicht anwendbar sei, sodann das preußische Steuersystem zurzeit der napoleonischen Kriege, welches nur infolge ganz außerordentlicher Verhältnisse zur Einführung gelangt sei. Der Redner bespricht dann die Ergebnisse dieser Steuer und die Reklamationen, wozu dieselben Veranlassung gegeben hätten. Hierauf wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

* **Paris,** 6. Dez. Der **Senat** beriet heute die englisch-französische Konvention, betreffend Neufundland. **De la Haye** gab einen historischen Ueberblick über die Rechte Frankreichs auf Neufundland. **Cabart Danneville** trat für die Ablehnung der Neufundlandkonvention ein. **Waddington** erklärte, er sei dem Abkommen mit England sehr geneigt, die Kovention opfere aber Interessen Frankreichs. Der Berichterstatter, **de Courcel,** empfahl die Annahme der Vorlage. Man müsse gewisse Zugeständnisse in Neufundland machen gegenüber den in Ostafrika erlangten Vorteilen. — Hierauf wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

* **Rom,** 6. Dez. Seine Majestät der König und Prinz Albrecht von Preußen besuchten gestern vormittag die Kürassierkaserne und die Kaserne des 2. Grenadierregiments. — Zu Ehren des Prinzen fand gestern abend bei dem deutschen Botschafter, Grafen Monts, ein größere Diner statt.

* **Rom,** 5. Dez. **Senat.** In Beantwortung einer Interpellation führte Giolitti u. a. aus: Das Land hat sich bei den Wahlen gegen die Umsturzbestrebungen ausgesprochen und es ist die Pflicht der Regierung, diesem Zuge zu folgen, indem sie die Freiheit mit der Achtung vor dem Gesetze in Einklang bringt. (Lebhafter Beifall.) — Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

* **Madrid,** 5. Dez. Der Minister des Innern, Guerra, hat trotz der vom Ministerpräsidenten erhobenen Einwendungen seine Entlassung eingereicht, weil er allein die Verantwortung hinsichtlich der Beschuldigungen, die in der Deputiertenkammer mit Bezug auf die letzten Wahlen zum Parlament in seinem Wahlkreise erhoben würden, tragen, und so eine allgemeine Kabinettskrise vermeiden will. Ackerbauminister de Salazar ist zum Minister des Innern, Marquis Feceroa zum Ackerbauminister ernannt worden.

* **St. Petersburg,** 6. Dez. Der außerordentliche Botschafter des Schahs von Persien, Riza Khan, ist hier eingetroffen. Im Laufe des Tages stattete der Botschafter dem Minister des Aeußern seinen Besuch ab.

* **Abo,** 6. Dez. Sieben Verbannte trafen gestern mit einem Dampfer aus Schweden hier ein, um an den Landtagsberatungen teilzunehmen. Fünf durften der diesbezüglichen kaiserlichen Verordnung gemäß die Fahrt nach Helsingfors fortsetzen, unter ihnen befand sich auch der frühere Senator Mechelin; zwei mußten sofort nach Schweden zurückkehren.

* **Washington,** 6. Dez. Staatssekretär Hay bereitet eine Zirkularnote an die Signatarmächte der Haager Konvention vor, und will darin eine Zusammenfassung der Antworten geben, die auf die Einladung der amerikanischen Regierung zur zweiten Haager Konferenz eingingen.

* **Washington,** 5. Dez. Der Kongreß wurde heute nachmittag in Gegenwart eines überaus zahlreichen Publikums eröffnet. Nach Erledigungen formeller Angelegenheiten vertagten sich beide Häuser auf morgen, um der Trauer über den Tod der Senatoren Hoor und Quay Ausdruck zu geben.

* **Washington,** 5. Dez. Der Einwanderungskommissar empfiehlt in seinem Jahresbericht eine ärztliche Untersuchung der Einwanderer im Landungshafen durch amerikanische ärztliche Beamte vornehmen zu lassen, wegen der Hartnäckigkeit einiger Schiffahrtsgesellschaften, welche trotz der Bestimmungen der Gesetze kranke Personen fortgesetzt befördern.

* **New-York,** 5. Dez. Der „New-York Herald" meldet: Die unter den Mitgliedern beider Häuser des Kongresses vorgenommene Abstimmung weist eine für die Tarifrevision ungünstige Stimmung auf, und zwar im Verhältnis von 77 zu 22. Das Blatt schließt daraus, daß während der gegenwärtigen Sitzung des Kongresses kein Amendement zum Tarif eingebracht werden wird.

* **Tanger,** 6. Dez. Der Direktor der Compagnie Marocaine, Gautsch, der außerhalb der Stadt am Strande wohnt, wurde von einem Haufen eingeborener Räuber angegriffen, anscheinend den nämlichen, welche vor kurzem den Angriff auf das Haus des Engländers Harris unternahmen. Die aufgestellte Schutzwache eröffnete auf die Angreifer ein heftiges Feuer und zersprengte sie, worauf sie verschwanden.

Verschiedenes.

† **Aachen,** 4. Dez. Auf nicht aufgeklärte Weise, vermutlich durch einen Ohnmachts- oder Epilepsieanfall einer Person, entstand gestern im Dom während der letzten Messe eine solche Panik, daß der Gottesdienst unterbrochen werden mußte. Alles drängte dem Ausgange zu. Manche wollten vom Umgange des Oktogons herabspringen. Viele wurden in dem Gedränge verletzt und von benachbarten Aerzten verbunden.

† **Hendaye,** 6. Dez. Deroulède und Jaurès haben sich heute hier duelliert. Es fand zweimaliger Kugelwechsel (natürlich) ohne Ergebnis statt.

† **London,** 5. Dez. Infolge gefährlicher Erkrankung der Herzogin von Aosta verläßt die Königin von Portugal heute London und begibt sich nach Turin.

† **Buffalo,** 6. Dez. Infolge fortdauernder Zurückziehung der Depots aus der hiesigen „Germanbank", sah sich dieselbe veranlaßt, ihre Schalter zu schließen. Die Passiven belaufen sich auf 6 497 000 M., einschließlich der Beträge der noch nicht verteilten Depots. Der Präsident der Bank beschloß, der Bank das nötige Bargeld vorzuschießen, um allen Forderungen gerecht werden zu können.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 8. Dez. Abt. C. 21. Ab.-Vorst. **„Egmont",** Trauerspiel in 5 Akten von Goethe, Musik von Beethoven. Klärchen: Melanie Ermarth vom Stadttheater Riga als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Freitag, 9. Dez. Abt. A. 23. Ab.-Vorst. **„Die verkaufte Braut",** komische Oper in 3 Akten von K. Sabina, deutsch von Max Kalbeck, Musik von Smetana. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Samstag, 10. Dez. 9. Vorst. außer Ab. Erstes Gastspiel von Eleonore Duse: **„Heimat".** Anfang 7 Uhr.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 7. Dez. 11. Ab.-Vorst. **„Die versunkene Glocke",** deutches Märchendrama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr.
vom 6. Dezember 1904.

Ganz Nord- und Mitteleuropa steht heute unter der Herrschaft einer tiefer über Lappland gelegenen Depression; das Wetter ist deshalb trüb, mild und regnerisch. Nur in Siebenbürgen lagen die Morgentemperaturen noch unter dem Gefrierpunkt. (Hermannstadt —9 Grad). Weiteres Anhalten des bestehenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 6. Dezember, früh.

Lugano, bedeckt, 2 Grad; Biarritz, dunstig, 12 Grad; Nizza, wolkenlos, 7 Grad; Triest, halb bedeckt, 6 Grad; Florenz, bedeckt, 5 Grad; Rom, wolkenlos, 3 Grad; Cagliari, wolkenlos, 8 Grad; Brindisi, heiter, 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
5. Nachts 9²⁶ U.	748.7	9.1	7.4	87	WSW	bedeckt ¹)
6. Mrgs. 7²⁶ U.	748.6	8.7	7.0	84	"	"
6. Mittgs. 2²⁶ U.	747.5	10.7	6.6	70	SW	"

¹) Regen.

Höchste Temperatur am 5. Dezember: 10.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 8.7.

Niederschlagsmenge des 5. Dezember: 11.5 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 6. Dezember: 2.92 m. gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Weihnachts-Geschenke. Reiche Auswahl gerahmter Bilder in allen Preislagen. **E. Büchle,** Kunsthandlung und Rahmenfabrik Kaiserstrasse 149.

Freunden und Bekannten mache ich die traurige Mitteilung, dass unser lieber Sohn, Bruder und Neffe

Herr Otto Klein

Hauptmann und Kompagniechef
im 2. Feldregiment der Kaiserl. Schutztruppe für Südwestafrika

am 29. November d. J. im Lazarett Epukiro an Typhus verstorben ist.

Bruchsal, den 5. Dezember 1904.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
K. Hofmann, Grossh. Baurat.

Dies statt jeder besonderen Anzeige.
D'641

Das Pelzwaren-Spezialgeschäft von

August Sauerwein

Telephon 1528 **Karlsruhe** Kaiserstr. 170
zwischen Hauptpost und Kaiserdenkmal

empfiehlt in reicher Auswahl

Neuheiten in Pelzmänteln
für Herren und Damen.

Pelzstola, Pelzkrawatten, Pelzkolliers, Pelzbaretts, Pelzmuffen.
Pelzmützen und Pelzkragen für Herren.
Pelzvorlagen aller Art, Pelzdecken für Wagen und Schlitten.
Bodendecken von Raubtieren mit und ohne naturalisierten Köpfen.

Anfertigung aller Sonderbestellungen. Auswahlsendungen auch nach Auswärts bereitwilligst.

D'99.7

Paul Roder

Leinen- und Wäsche-Ausstattungsgeschäft
Kaiserstr. 136 **Karlsruhe** Friedrichsbad.
Komplette Braut- u Kinder-Ausstattungen.
Spezialität: **Herrenhemden** nach Mass
in vorzüglicher Ausführung von Mark 4.50 an.

Grosses Lager
in fertiger Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche.

Kragen, Manschetten, Krawatten, Taschentücher, Hosenträger, Handschuhe, weisse Westen, u. Knöpfe, Regenschirme.

Trikothemden, Unterhosen, Unterjacken, Kniewärmer, Leibbinden, Brust- und Lungenschoner.

O.122

Tischtücher, Servietten und Handtücher.

Sämtliche Stoffe für Leib-, Bett- und Küchen-Wäsche.

Vorzügliche Ausführung. Reelle Bedienung. Billige Preise.

Arbeit ehrt den Mann!
durch Ankauf von Losen der
Grossen Geld-Lotterie
Zu Gunsten des Gewerbehauses-Colmar
Ziehung schon 17. Dezember
Trotz kleiner Looszahl
1915 Geld-Gew. **ohne Abzug Mark**
25,000

1 Haupt. Gew.	M.	10,000
1 Haupt. Gew.	M.	2,000
1 Haupt. Gew.	M.	1,000
1912 Gew. zus.	M.	12,000

Lose à 1 Mk. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pf.
versendet das General-Debit
J. Stürmer, Strassburg i. E. Langestrasse
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15; Chr Wieder; Eug. Dahlemann; Chr. Frank; J. Heppes; L Michel.

Gas-
Beleuchtungskörper
zu auffallend billigen Preisen
EMIL SCHMIDT G. m. b. H.
Hebelstrasse 3 — Marktplatz.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
empfiehlt sämmtliche zur
Weihnachtsbäckerei
nötigen Artikel in nur besten Qualitäten
zu billigsten Preisen.

Der Vorstand. O'480.3.

Konditorei und Café
Fr. Nagel
Telephon 1177 Waldstr. 43
empfiehlt in frischer Sendung:
Schokolade Suchard,
„ Kohler,
„ Cailliers,
„ Lindt fils,
„ Gala Peter,
„ Hildebrand,
„ Sarotti,
Fondants und Pralinés,
Erfrischungs- und Husten-Bonbons O'119.

Mehr als
15000
Jdeal-Schreibmaschinen

sind in der kurzen Zeit ihres Erscheinens an Behörden und erste Firmen verkauft worden.

Die
Jdeal
ist die beste und dauerhafteste Maschine deutschen Ursprungs aus der Fabrik von

Seidel & Naumann
Dresden.

Generalvertreter:
P. v. Chrustschoff
Karlsruhe

O.133.

Konkursverkauf.

O.534.2 **Lörrach.** Das bekannte Schloßgut **„Schloß Liel"** in Liel (Baden), mit seiner berühmten, im Jahre 1560 von Freiherrn Balthasar v. Baden entdeckten Heilquelle, wird hiermit einem freiwilligen Verkaufe ausgesetzt.

Offerten sind bis zum **25. Dezember 1904** bei dem Unterzeichneten einzureichen, der zu jeder detaillierten Auskunft bereit ist.

Das Gut besteht aus dem Schlosse, einem großen Bau im Rokokostile, einem großen Wohnhaus mit dem anstoßenden Quellenanbau und Bädern, alles in großem, mit Mauern umgebenen Schloßpark mit 100jährigen Kastanienbäumen und schönem Gemüsegarten; daran anstoßend die Oekonomiegebäulichkeiten mit Wohnung für Gutsverwalter und Gesinde.

An Grundstücken sind vorhanden:
4 ha 79 ar Acker,
2 „ 69 „ Reben,
3 „ 91 „ Wald;
ferner das Landgut „Karlshof", ein vollständig arrondiertes, 70 Morgen großes Gut mit Wohnhaus und Oekonomiegebäulichkeiten.

Vorzügliche Gelegenheit zur Milchwirtschaft.

Im Schlosse Liel entspringt die berühmte Heilquelle, deren allgemein beliebtes Wasser als vorzügliches Tafelwasser von Hofrat Dr. Fresenius in Wiesbaden begutachtet ist.

Die Quelle wird bei einigermaßen kaufmännischem Betriebe die Gesamtkosten des Gutes verzinsen. Das Gut ist ohne Quelle auf 195 000 M. geschätzt; die hypothekarische Belastung beträgt 193 000 M.

Lörrach, den 25. November 1904.
Der Konkursverwalter:
Schmitt, Rechtsanwalt.

Herren-, Knaben u. Kinder-
Hüte u. Mützen
Grosse Auswahl.
Jede Preislage.
A. Lindenlaub,
Hut- und Mützenmagazin,
Karlsruhe, 191 Kaiserstrasse.
R.173.11

Weihnachtskerzchen
in reinem Wachs, sowie billig. Sorten, das **Neueste** in
Christbaumschmuck:
Engel, Christbaumschnee, Watte, Engelshaar, Lichterhalter,
verzierte und einfache
Renaissance Wachskerzen, gemalte Stearin Lüstre-Kerzen
empfiehlt
Luise Wolf Witwe,
4 Karl-Friedrichstraße 4.
Niederlage der Fabikate von
F. Wolff & Sohn. [O.295

Wir empfehlen den verehrlichen Mitgliedern unser gutsortiertes
Weinlager
und bitten Preislisten zu verlangen. Insbesonders machen wir auf den in Deutschland gekelterten, garantiert naturreinen O'263.2
Chianti (italienischer Rotwein)
aufmerksam. Auf Wunsch werden die Flaschen auch mit neutralen Etiketten geliefert.

Lebensbedürfnisverein.

Festgeschenke
Photograph. Apparte
bei
Hoerth
164 Kaiserstrasse 164
Telephon 1274.

KASSENSCHRÄNKE
garantiert feuer-, sturz- und diebessicher.
Kassetten, eiserne, elegant ausgestattet,
in grosser Auswahl.
Wilh. Weiss, Karlsruhe
Kassenschrankfabrik u. Tresorbauanstalt
Erbprinzenstrasse 24. Gegründet 1815

Bekanntmachung.

Auf 1. Januar 1905 ist dahier eine **Schreibgehilfenstelle** gegen eine Vergütung von jährlich 300 M. zu besetzen. O.561.3.

Inzipienten sind bevorzugt.

Altenheim, 2. Dezember 1904.
Großh. Notariat Altenheim.
Carl.

O.614. **Karlsruhe.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Im Ausnahmetarif Nr. 32 (Güter aller Art) der Gütertarife Teil II Heft 1 u. 4 für den süddeutsch-österr.-ungar. Verband ist bei den mit * versehenen ermäßigten Frachtsätzen für die Verkehrsrichtung nach Oesterreich-Ungarn der beschränkende Vermerk „bis 31. Dezember 1904" gestrichen worden.

Karlsruhe, den 1. Dez. 1904.
Großh. Generaldirektion.